

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 38. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 24. März 2004
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat:
Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung:
Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Stefan Brügger
Claudia Piatti
Beatrice Salvisberg
Yves Hartmann
Danilo Matiz
Giulio Vögelin

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

TRAKTANDEN:

1. Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP, betreffend Volksabstimmung
"Wegmatten I" vom 30.11.2003: Rückblick und Ausblick
vom 10.12.2003 Geschäft 3491
2. Motion von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Projektierung
Wegmatten I und II vom 10.12.2003 Geschäft 3493

- | | |
|---|-----------------|
| 3. Motion von Felix Keller, CVP, betreffend Wettbewerb Wegmatten II vom 10.12.2003 | Geschäft 3490 |
| 4. Postulat von Thomas Pfaff, SP-Fraktion, betreffend mittelfristige Nutzung des Wegmatten I Areals vom 10.12.2003 | Geschäft 3495 |
| 5. Postulat von Thomas Pfaff, SP-Fraktion, betreffend Durchführung Meinungsumfrage Wegmatten I vom 10.12.2003 | Geschäft 3494 |
| 6. Bericht des Gemeinderates vom 22.10.2003 und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Ziegelei West“, 1. Lesung | Geschäft 3457/A |
| 7. Bericht des Gemeinderates vom Februar 2004 betreffend Standortbestimmung zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates Allschwil (Strategiepapier) | Geschäft 3497 |
| 8. Bericht des Gemeinderates vom 12.11.2003 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente vom 09.01.2004 betreffend Teilrevision Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24.09.1997, 1. Lesung | Geschäft 3466/A |
| 9. Bericht des Gemeinderates vom 11.02.2004 betreffend Leistungsvereinbarungen (Postulat von V. Meschberger, SP-Fraktion vom 24.03.2003, Geschäft 3427) | Geschäft 3427 A |

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 38 vom 24. März 2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident **Jean-Jacques Winter**, übergibt der Gemeindepräsidentin Ruth Greiner das Wort für eine aktuelle Mitteilung.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, teilt mit, dass die zweite Nachzählung der Einwohnerratswahlen stattgefunden habe. Am 12. März 2004 sei das Ergebnis im Allschwiler Wochenblatt veröffentlicht worden. Gemäss telefonischer Auskunft von Dr. Alex Achermann, 2. Landschreiber, seien gegen die publizierten Resultate keine Beschwerden eingegangen. Dr. Achermann habe daher den Gemeinderat angewiesen, die Erhaltung der Resultate vorzunehmen. Der Gemeinderat habe dies an seiner heutigen Sitzung gemacht, womit die Resultate der Nachzählung vom 09. März 2004 rechtskräftig seien.

Neue parlamentarische Vorstösse

Jean-Jacques Winter informiert über zwei eingegangene Vorstösse: Die Kleine Anfrage von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend „Allschwiler Weiher“ und diejenige von Verena Meschberger, SP-Fraktion, betreffend „Elsässer Deponien“.

Weiter teilt er mit, dass das Büro beschlossen habe, künftig nur noch die Ja und Nein-Stimmen zu zählen, ausser bei besonders wichtigen Abstimmungen. Das Büro entscheide darüber, welcher Abstimmungsmodus durchgeführt werde. Ausserdem bittet er die Parlamentarier, künftig die gelben Stimmkarten deutlich zu zeigen. Er weist darauf hin, dass alle Parlamentarier die Anfrage des Turnvereins über eine Teilnahme am „Eierläsete“ ausgeteilt bekommen haben. Er fragt an, ob die Fraktionen bereit seien, jeweils ein Team zu stellen. Er nehme die Meldungen gerne entgegen.

385 01.030 Einwohnerrat

Traktandenliste

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, stellt namens und als Präsident der Verkehrs- und Planungskommission den Antrag, das Geschäft 3457/A, Quartierplanung „Ziegelei West“ in einer Lesung zu behandeln.

://: Mit grossem Mehr wird dem Antrag der Verkehrs- und Planungskommission zugestimmt.

Jean-Jacques Winter, Präsident, erläutert, dass aus Aktualitätsgründen die Vorstösse in Sachen „Wegmatten I“-Abstimmung vorgezogen werden. Dies sei allerdings bereits auf der Traktandenliste entsprechend aufgeführt.

://: Die Traktandenliste wird wie vorgelegt mit grossem Mehr genehmigt.

386 01.030 Einwohnerrat
 01.020 Abstimmungen, Wahlen

1. Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP, betreffend Volksabstimmung „Wegmatten I“ vom 30.11.2003: Rückblick und Ausblick vom 10.12.2003 Geschäft 3491

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, nimmt zur Interpellation wie folgt Stellung: Der Gemeinderat habe anlässlich der Einwohnerratssitzung nach der Volksabstimmung „Wegmatten I“ in Aussicht gestellt, dass die eingereichten parlamentarischen Vorstösse am

Workshop des Gemeinderates zur weiteren Entwicklung in der Gemeinde Allschwil behandelt und die Ergebnisse und Antworten an der folgenden Einwohnerratssitzung mitgeteilt würden. Der Gemeinderat habe als Resultat des Workshops an der letzten Sitzung ein Medien-Communiqué an die Parlamentarier verteilt und habe eigentlich auch zu den Vorstössen Stellung nehmen wollen. Durch die überraschenden Ereignisse an den Gesamterneuerungswahlen sei das Thema „Wegmatten I“ aber verständlicherweise in den Hintergrund gerückt. Sie wolle nun den Inhalt des Communiqués nicht noch einmal wiedergeben, aber sie hält fest, dass es keinen totalen Strategiewechsel nach dieser Abstimmung geben werde. Sicherlich würden Prioritäten zum Teil neu gesetzt. Es stünde nach wie vor die Schaffung von neuem Wohnraum im Vordergrund. Der Gemeinderat verfolge weiterhin das Ziel, die gemeindeeigenen Parzellen wirtschaftlich zu nutzen, zum Beispiel Wegmatten II oder das Areal „D'aujourd'hui“. Es gebe auch einige Anliegen der Bevölkerung, die der Gemeinderat aufnehmen möchte, zum Beispiel Modelle über ausserfamiliäre Kinderbetreuung oder Wohnkonzepte über begleitetes Wohnen im Alter. Ein Teil der Fragen der Interpellation von Herrn Dr. Corvini seien mit dem Communiqué bereits beantwortet.

In der Folge beantwortet Ruth Greiner die ersten zwei Fragen der Interpellation: Es gehe um eine Interpretation des Abstimmungsergebnisses. Mit der Abstimmung habe der Souverän entschieden, dass es weder einen Veranstaltungssaal geben solle noch einen Coop-Verkaufsladen. Dies habe der Gemeinderat so auch zur Kenntnis genommen. Sie erinnert daran, dass der Einwohnerrat dem Projekt „Wegmatten I“ deutlich zugestimmt habe. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb der Gemeinderat dieses Projekt sehr intensiv vorangetrieben habe. Die Ablehnung eines Projektes durch das Volk sei nicht unüblich. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang die Avanti-Abstimmung, die letzte Mietrechtsabstimmung in Allschwil, den Strassennetzplan etc. Der Einwohnerrat und die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen haben sich intensiv mit dem Projekt „Wegmatten I“ auseinandergesetzt und seien aufgrund der genauen Kenntnisse auch zu einem deutlichen „Ja“ gekommen. Der Gemeinderat habe dies auch bei den Informationsveranstaltungen so wahrgenommen. Diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, welche sich genauer informiert hätten, seien letztlich vom Projekt überzeugt gewesen. Der Gemeinderat habe seine Informationspflicht in angemessenem Rahmen wahrgenommen. Dies vor allem, da der Einwohnerrat mit grosser Mehrheit für das Projekt gestimmt habe. Gegen das Wort „Propaganda“, so wie es in der Interpellation verwendet wurde, verwehre sich der Gemeinderat. Nachdem die Abstimmungsunterlagen verteilt wurden, habe sich der Gemeinderat nicht mehr geäussert. Dieses Vorgehen werde auch vom Bundesgericht gestützt. Die GPK habe sich im Jahr 1999 intensiv mit der Informationspolitik des Gemeinderates auseinandergesetzt. Die GPK habe damals eine Motion eingereicht, der Gemeinderat solle von „propagandistischer Informationspolitik“ absehen. Diese Motion sei damals mit 23:4 Stimmen deutlich abgelehnt worden. Der Gemeinderat verfolge die gleiche Informationspolitik wie der Bundesrat.

Die zweite Frage der Interpellation, nach den Kosten des Projektes „Wegmatten I“, beantwortet sie wie folgt: Das Projekt „Wegmatten I“ sei eigentlich ein Coop-Projekt. Coop sei damals an den Gemeinderat herangetreten um über ein gemeinsames Projekt zu verhandeln. Coop habe aber sämtliche Projektarbeiten übernommen, dem Gemeinderat seien keine Kosten angefallen. Auch seien nur die üblichen Kosten für eine Quartierplanung angefallen. Nach der Zustimmung des Einwohnerrates seien folgende Kosten angefallen: für ein grosses Quartierplanmodell CHF 8'800.--, für ein kleines Modell, Kosten für den Geometer, für einen kleinen Apéro anlässlich einer Infoveranstaltung im Alterszentrum und Erstellung eines Faltblattes. Gesamthaft seien dies 13'584.-- CHF. Zusätzlich noch die Kosten für die zwingende Volksabstimmung von total 34'183.--, diese könnten aber halbiert werden, da am gleichen Wochenende ebenfalls über die Teilrevision der Gemeindeordnung abgestimmt worden sei. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden belaufe sich auf 181 plus 102 Stunden für die Öffentlichkeitsarbeit. Dies ergebe ein Total von 283 Stunden.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, beantwortet Frage 3 der Interpellation. Das Land „Wegmatten I“ werde nun zunächst frei bleiben, aber für künftige Nutzungen der Gemeinde zur Verfügung stehen. Über Art und Weise dieser Nutzung könne man zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nichts sagen. Bis zu einer weiteren Nutzung werde

das Areal nun begrünt. Die Bäume und die befestigten Wege bleiben bestehen. Zur Begrünung werde eine pflegeleichte Wiese angesät.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, beantwortet Frage 4 der Interpellation. Das Verkehrsproblem der Kreuzung Baslerstrasse/Grabenring stehe nach wie vor ungelöst im Raum. Der Kanton habe 1996 gesagt, dass bauliche Massnahmen frühestens in zehn Jahren (2006) durchgeführt würden. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, eine entsprechende Motion (Geschäft 2241, vom 27.11.1996) eingereicht habe. Die Frage der Interpellation laute: Wann wird der Kreisel realisiert? Dazu könne gesagt werden, dass man nun in der Detailplanung sei. Diese werde im Jahr 2004 abgeschlossen. Im Jahr 2005 werde der Kreisel gebaut und im Jahr 2006 sei er zur Zahlung fällig. Der Gemeinderat arbeite speditiv mit dem Kanton zusammen, es sei jedoch nochmals gesagt, dass es ein Kreisel auf Kantonsstrasse sei und der Kanton daher federführend sei.

Roman Meury, Gemeinderat, erläutert zu Frage 5 folgendes: Die Frage danach, ob der Gemeinderat beabsichtige die Turnhalle „Gartenstrasse“ zu einem reinen Veranstaltungssaal umzubauen könne man nicht so einfach beantworten. Zunächst sei die Frage nach einem Turnhallenersatz zu klären. Die Turn- und Konzerthalle werde für diverse Anlässe benötigt (Schulen, Vereine). Damit die Turnhalle in einen Veranstaltungssaal umgewandelt werden könne, benötige man zuerst einen Ersatz als Turnhalle. Es wurde die Zweifach-Turnhalle auf dem Areal „Rotgrund“ vorgeschlagen. Hier stellen sich einige Probleme. Grundsätzlich sollten die Turnstunden der kantonalen Schulstufen auch in kantonalen Gebäuden abgehalten werden, hinzu komme, dass ein Teil der Turnstunden bisher aus Platzgründen als Schwimmstunden gehalten werden müssten. Der primäre Tagesnutzer der Zweifachturnhalle werde daher der Kanton sein. Der Gemeinderat sei klar der Meinung, dass die Zweifachturnhalle aus diesen Gründen auch durch den Kanton erstellt werden solle. Die Zweifachturnhalle könne aber nicht vor dem Jahr 2007 oder 2008 realisiert werden. Erst wenn die Halle erstellt sei, könne eine Umfunktionierung der Turn- und Konzerthalle in einen Veranstaltungssaal erfolgen. Sollten diese Ziele nicht erreicht werden können, müssten die Sanierungsmassnahmen in einer andere Richtung gehen. Zur Frage 6 (Ausbau des Coop im Dorf) könne gesagt werden, dass der Coop an einem Ausbau des Dorfladens grundsätzlich nicht interessiert sei. Das derzeit gültige Dorfkernreglement lasse einen derartigen Ausbau nicht zu. Das Reglement sei in Überarbeitung, das Mitwirkungsverfahren mittlerweile eingeleitet. Auch mit der Überarbeitung des Dorfkernreglements möchte man am Charakter des Sundgauerdorfes festhalten. Man dürfe deshalb davon ausgehen, dass es schwierig sein werde, einen diesbezüglichen Vorstoss zur Änderung des Reglements durchzubringen. Die Realisation einer Tiefgarage an dieser Stelle sei aus baulichen, verkehrstechnischen und reglementarischen Gründen sehr problematisch. Ausserdem gebe es bereits heute Einsprachen betreffend dem „Parkierungsverkehr“ im Dorfkern. Unter diesen Umständen könne eine Tiefgarage und ein massiver Ausbau des Coop-Ladens nach den geltenden Richtlinien nicht bewilligt werden.

Der Interpellant **Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, beantragt Diskussion.

://: Die Diskussion wird mit grossem Mehr beschlossen.

DISKUSSION

Für **Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, sei der Zeitpunkt der Behandlung der Vorstösse sehr unbefriedigend, da es nun eindeutig zu spät sei. Es seien bereits vier Monate seit der Abstimmung vergangen. Gewisse Punkte hätten sich mittlerweile erledigt, ohne dass der Einwohnerrat sich dazu habe äussern können. Ende September 2003 sei die Vorlage im Einwohnerrat behandelt worden, zwei Monate später sei sie zur Abstimmung gelangt. Die Interpretation des Abstimmungsergebnisses komme jedoch erst vier Monate später, dieser Zeitraum sei zu lang. Vor allem bei zwei Punkten sei eine Diskussion im Einwohnerrat verpasst worden. Der Grund liege aber nicht allein beim Gemeinderat sondern auch beim Einwohnerrat, indem er die Dringlichkeit einzelner Vorstösse nicht bewilligt habe. Zu spät behandelt werde zum Einen der Punkt „Workshop des Gemeinderates zur weiteren Entwicklung der Gemeinde“.

Der Einwohnerrat habe vorher nicht dazu Stellung nehmen können. Es hätten die einzelnen Vorstösse der Parlamentarier vorgängig behandelt, diskutiert und geprüft werden sollen, erst dann hätte es Sinn gemacht, dass der Gemeinderat über die weitere Entwicklung berät. Es erstaune ihn sehr, dass der Gemeinderat in der AWB-Ausgabe vom 13.02.2004 schreibe, die Bedürfnisse der Gemeinde seien bekannt. Diese seien wiederholt im Einwohnerrat diskutiert worden. Am Projektportfolio seien insofern keine grundlegenden Änderungen vorgenommen worden (er zitiert aus dem erwähnten Artikel). Gerade in Bezug auf das für die Gemeinde wichtige Projekt Wegmatten I, so Dr. Ivo Corvini, diskutiere man erst jetzt, Ende März 2004. Schlecht finde er auch, dass auf die Problematik des Architekturwettbewerbs Wegmatten II nach der Abstimmung nicht weiter eingegangen worden sei. Man habe im Herbst letzten Jahres einen Kredit von CHF 250'000.-- gesprochen. Er sei nicht prinzipiell dagegen, aber er habe damals gegen den Kredit gestimmt, da für ihn der Zeitpunkt falsch gewesen sei, bevor über das grundlegende Projekt Wegmatten I abgestimmt worden sei. In der VPK sei jedoch damals festgehalten worden, dass man auch im laufenden Wettbewerb das Abstimmungsergebnis „Wegmatten I“ berücksichtigen könne. Man habe ihm damals ausdrücklich die Auskunft gegeben, dass man in Bezug auf den Perimeter und die Ausmasse des Dienstleistungsbereiches Anpassungen vornehmen könne. Eine entsprechende Interpellation sei damals, im Dezember 03, auch eingereicht worden. Mittlerweile seien jedoch wieder fünf Monate vergangen und der Wettbewerb entsprechend fortgeschritten. Es heisse zwar, man habe die Wettbewerbsbedingungen angepasst, aber wie und was angepasst worden sei, habe man im Einwohnerrat nicht behandelt. Die wichtigste Interpretation sei für ihn, dass die grosse Mehrheit der Allschwiler Bevölkerung kein neues Zentrum entstehen lassen möchte. Eine weitere Interpretation sollte doch auch sein, dass die bestehenden Zentren, wie zum Beispiel der Dorfplatz, möglichst gut erhalten und verbessert werden sollten. Der Dorfplatz sollte vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Mit der Schaffung neuer Parkplätze könnte eine solche Entlastung erreicht werden. Er stelle eine gewisse Resignation fest, indem man die Vorschläge (Ausbau Dorfladen Coop und Tiefgarage) wegen des geltenden Reglements nicht verwirklichen könne oder wolle. Ihm fehle in der Aussage von Gemeinderat Meury die Feststellung, dass es tatsächlich an Parkplätzen in der Umgebung des Dorfkerns fehle. Zu Frage 1 seiner Interpellation habe er eigentlich eine andere Antwort erwartet. Ihn interessiere hauptsächlich, warum bei einem so grossen Aufwand für das Projekt und im Hinblick auf die Abstimmung das Ergebnis letztlich so mager ausgefallen sei. Für Allschwil sei es, im Gegensatz zu Bund oder Kanton, mittlerweile charakteristisch, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat Abstimmungen verliere. Darüber müsse man nachdenken. Betreffend der aufgewendeten Kosten interessiere ihn der Stundenansatz der angegebenen 283 Stunden. Zur Turnhallensituation: Seit ca. 8 Jahren stehe der Neubau einer Turnhalle auf dem Rotgrundareal zur Diskussion, dies sei wohl auch unbestritten. Ihn interessiere es nun aber, was der Gemeinderat nun konkret unternehme, auch wenn der Kanton eigentlich für den Bau und die Finanzierung zuständig sei, es dort aus verschiedenen Gründen jedoch nicht sehr zügig vorangehe. Zum Abschluss hält Dr. Ivo Corvini fest, dass er aus Gründen der Wichtigkeit und Komplexität eigentlich eine schriftliche Beantwortung der Fragen erwartet hätte. Dann hätte man sich noch seriöser auf die heutige Diskussion vorbereiten können.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bemerkt, dass die Interpellation sehr viele Facetten der Abstimmung „Wegmatten I“ abgedeckt habe. Mit der Antwort zur Frage 1 (Interpretation des Abstimmungsergebnisses) und Frage 6 (Ausbau Coop Laden) sei er jedoch nicht einverstanden. Das Wort Propaganda gefalle dem Gemeinderat zwar nicht, aber auch aus seiner Sicht sei die Informationspolitik des Gemeinderates im Vorfeld der Abstimmung fragwürdig gewesen. Der Gemeinderat habe zum Beispiel den Vereinen eine Gratisnutzung des Veranstaltungssaals versprochen. Im Sinne einer sparsamen Verwendung der Steuergelder hätte man den Vereinen eine Beteiligung an den Infrastrukturkosten auferlegen können. Dies hätten die Vereinsmitglieder und Steuerzahler wohl eher geschätzt. Die Gegner des Wegmatten I - Projekts hätten immer wieder behauptet, die Bedürfnisse seien abgedeckt, zum Beispiel mit Kirchengemeindesälen etc. Eine Gemeinde könne nicht immer alles gratis zur Verfügung stellen. Er stelle in Frage, ob korrekt, sachlich und breit informiert worden sei. Zur Frage der Parkplätze meint er, dass es sich grundsätzlich um privilegierte Personen handle, welche über die

Lärmbelästigung klagen. Der Gemeinderat solle auch an die weniger privilegierten Personen denken und für diese handeln.

Roman Meury, Gemeinderat, präzisiert zu den einzelnen Voten, dass zum Beispiel die Raiffeisenbank ihre letzte Generalversammlung unter sehr beengten Verhältnissen habe abhalten müssen. Zu den Voten des Interpellanten hält er dafür, dass tatsächlich Parkplätze im Dorfkern fehlen würden. Man müsse aber abwägen zwischen der Erhaltung eines Sundgauerdorfes und der Errichtung neuer Parkplätze im Dorfkern. Demnächst komme das Dorfkernreglement zur Beratung in den Einwohnerrat, dann könne man über die weitere Entwicklung und Stossrichtung beraten. Betreffend Neubau einer Turnhalle sei der Kanton über die Dringlichkeit informiert. Aber zur Zeit, auch im Zuge des neuen Bildungsgesetzes, würden zunächst die Schulbauten im oberen Kantonsteil saniert oder erweitert. Weiter werde dem Kanton Rechnung gestellt für die Benutzung der gemeindeeigenen Schulgebäude. Der Gemeinderat werde alles unternehmen, damit die Forderungen beglichen würden. Der Hauptabteilungsleiter Hochbau/Raumplanung verhandle innerhalb einer Arbeitsgruppe mit dem Kanton über die Übernahme der Schulgebäude. Dort könne er die Anliegen der Gemeinde sehr konkret einbringen.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, kann das Gegensatzpaar Sundgauer Dorf und Parkplatzfrage nicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach sollten beide Interessen vereinbar sein. Weiter sollten im Zuge einer wirtschaftsorientierten Verwaltungsführung die genauen Kosten der veranschlagten Arbeitsstunden ausgewiesen werden können.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, betont, dass der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sache der Exekutive sei. Selbstverständlich könnte die GPK oder die FiReKo Einsicht in die Details erhalten. Die Stundenansätze könne sie hier im Einwohnerrat nicht bekannt geben, dies auch um Rückschlüsse auf einzelne Personen der Verwaltung zu vermeiden.

DISKUSSION BEENDET

387 01.030 Einwohnerrat
 01.020 Abstimmungen, Wahlen

2. Motion von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Projektierung Wegmatten I und II vom 10.12.2003 Geschäft 3493

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, nimmt wie folgt Stellung: Der Gemeinderat sei nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Der Motionär möchte genauere Auskunft über die Kosten zur Abstimmung „Wegmatten I“ haben. Dies habe sie soeben dargelegt. Zu Wegmatten II sei ein Kredit von CHF 250'000.-- bewilligt worden. Zum jetzigen Zeitpunkt seien ca. CHF 158'000.-- verarbeitet. Die übrigen Forderungen könne der Gemeinderat nicht entgegennehmen. Man müsse Wegmatten I und Wegmatten II getrennt behandeln. Es handle sich um zwei verschiedene Gebiete mit zwei unterschiedlichen Entwicklungen. Der Motionär verlange eine Neubeurteilung der Situation Wegmatten I und II. Bei Wegmatten I gebe es eine Denkpause, das Areal bleibe bis auf weiteres eine Landreserve. Wegmatten II befinde sich mitten im Wettbewerb. Der Gemeinderat sei fest entschlossen, das Projekt weiterzuverfolgen. Das Projekt Wegmatten II werde den üblichen politischen Weg gehen, d.h. via Einwohnerrat und allen offen stehenden politischen Mitteln. Gegen den Kredit sei auch kein Referendum ergriffen worden. Der Gemeinderat sei nicht bereit, zum jetzigen Zeitpunkt eine Vorlage vor das Volk zu bringen. Betreffend der „grünen Lunge“ sei gesagt, dass es vor ca. 15 Jahren eine Volksabstimmung darüber gegeben habe, ob das Gebiet Wegmatten frei bleiben solle oder nicht. Damals habe der Souverän eine Initiative zur Erhaltung der „grünen Lunge“ abgelehnt.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, möchte dem Einwohnerrat nahe legen, die Motion zu überweisen. Für ihn gehöre Wegmatten I und II zusammen. Aus planerischer Sicht wäre es hochinteressant

das gesamte Gebiet in einer Einheit zu planen und ein grosszügiges Projekt zu verwirklichen. Diese wäre gewinnbringend für die Gemeinde. Die Denkpause habe der Gemeinderat bereits zum Teil eingelegt. Er finde es schade, dass damals die Dringlichkeit seiner Motion nicht beschlossen wurde. Ebenfalls hätte er es begrüsst, in die Denkpause das Projekt Wegmatten II einzuschliessen. Für den Bericht des Gemeinderates spricht er Dank aus. Allerdings stellt er, angesichts der verlorenen Abstimmungen in Frage, ob die Bedürfnisse des Volkes dem Gemeinderat tatsächlich bekannt seien. Es gebe viele Projekte die in Planung seien resp. in Frage stehen, so das Feuerwehrmagazin und eventuell doch noch ein Veranstaltungssaal etc. Hier sollte nochmals die weitere Entwicklung und die Zielsetzung überdacht werden.

://:

Die Motion von Lucius Cueni, SP-Fraktion (Geschäft 3493), wird mit grossem Mehr nicht erheblich erklärt.

388 01.030 Einwohnerrat
 01.020 Abstimmungen, Wahlen

3. Motion von Felix Keller, CVP, betreffend Wettbewerb Wegmatten II vom 10.12.2003 Geschäft 3490

Roman Meury, Gemeinderat, beantwortet die Motion wie folgt: Zu den Fragen der Motion sei zunächst auf die ausgeschriebenen Wettbewerbsbedingungen verwiesen. Es seien Projekte einzureichen, die auch ohne die Realisierung von „Wegmatten I“ eine gute Lösung erzielen könnten. Die zweite Bedingung sollte sein, ein Projekt bestehend aus 1/3 Geschäftsräumlichkeiten und 2/3 Wohnräumlichkeiten zu präsentieren. Weiter seien ein paar Daten in diesem Zusammenhang wichtig: Am 10./11. November 2003 habe die Jurierung der Wettbewerbseingaben zum Projekt Wegmatten II stattgefunden, insgesamt 12 Eingaben. Am 30. November 2003 war die Abstimmung Wegmatten I. Am 9. Dezember 2003 habe die Öffnung der Couverts stattgefunden, womit die Verfasser der einzelnen Projekte bekannt wurden. Zum Zeitpunkt, an dem die Abstimmung „Wegmatten I“ stattgefunden habe, sei also der Wettbewerb quasi schon beendet gewesen. Eine Sistierung hätte allein aus diesem Grund keinen Sinn mehr ergeben. Ein grosser Teil des gesprochenen Kredits sei damit schon vergeben gewesen. Der Wettbewerb war eigentlich zweistufig. In der ersten Phase hätte ein architektonischer Wettbewerb stattgefunden, in der zweiten Phase sollte mit den ersten drei Projektteams die weitere Detailplanung besprochen werden. Eine Sistierung zum damaligen Zeitpunkt hätte ein Ergebnis zur Folge gehabt, mit dem der Gemeinderat nichts hätte anfangen können. Am Mittwoch, den 3. Dezember 2003 habe der Gemeinderat eine erste Beurteilung der neuen Situation nach der Abstimmung vorgenommen. In der VPK habe man tatsächlich diskutiert, dass beim Scheitern von „Wegmatten I“ der Perimeter auf das vordere Areal ausgedehnt werden könne. Es sei aber nie festgelegt worden, wer das beurteilen solle. In diesem Zusammenhang möchte er auch erwähnen, dass in der VPK die Frage nach einer gemeinsamen Bearbeitung von Wegmatten I und II mit 5:1 Stimmen abgelehnt worden sei. Der Gemeinderat habe dann beschlossen, den Perimeter nicht weiter auszudehnen. Dies auch, um den Wählerwillen aufzunehmen, und das Areal Wegmatten I nicht direkt wieder einer Überbauung zuzuführen, sondern es als Landreserve zu behalten. Wichtig sei auch die Frage nach der Investitionssumme gewesen. Allein für Wegmatten II handelt es sich um eine Investitionssumme von ca. 70 Mill. Franken plus ca. 30 Mill. für Wegmatten I. Hier spiele die Frage nach einem Investor, welcher bereit ist ca. 100 Mill. aufzubringen, eine grosse Rolle. Weiter habe man die Verteilung von Arbeiten und Wohnen diskutiert. Nach der ersten Jurierung hätten die ersten drei Rangierten folgende Prozentzahlen für die Verteilung Dienstleistung/Wohnen gehabt (nur Dienstleistung): 34%, 13% und 14%. Damals habe man seitens der Investoren unter dem Drittel bleiben wollen. Am 19. Dezember fanden weitere Gespräche mit den Investoren statt. Es wurden entsprechende Anpassungen vorgenommen. Man konnte feststellen, dass der Anteil der Dienstleistungen zurückgenommen wurde, kein Projekt habe nun 15% oder mehr. Zu den Dienstleistungen gehöre per Definition auch das

begleitete Wohnen. Am 30. März 2004 werde die zweite Jurierung und am 15. April 2004 die Ausstellung stattfinden. Dort könne man die Veränderung der einzelnen Projekte verfolgen. Eine Denkpause ergebe sich zwangsläufig aus dem weiteren Verlauf der Arbeiten, alles andere könne dazu führen, dass ein Investor sich eventuell zurückziehen würde. Der weitere zeitliche Verlauf sehe wie folgt aus: Im Mai 2004 könne die Detailplanung effektiv beginnen. Die Erstellung eines Quartierplanes benötige ca. 4 Monate, dann folge die Vorprüfung und das Mitwirkungsverfahren im Januar 2005. Es folge im besten Falle im Februar 2005 der Bericht des Gemeinderates und dann die Bearbeitung durch die Verkehrs- und Planungskommission, eventuell im Juni 2005 die Behandlung im Einwohnerrat und nach Ablauf der Referendums- und Auflagefrist sei eine Volksabstimmung frühestens im November 2005 möglich. Es folge die Genehmigung des Regierungsrates, dies vielleicht innert 3 Monaten. Weiter folge das Baugesuch, womit ein frühest möglicher Baubeginn September 2006 wäre. Dies alles unter optimalsten Verhältnissen, solange werde auch die Wiese auf dem Areal bestehen bleiben.

Der Motionär **Felix Keller**, CVP/SVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen. Es sei klar, dass sich die Motion nun nach Abschluss des Wettbewerbs erübrige. Es sei eigentlich die Idee gewesen, nach Abschluss der ersten Phase und in Kenntnis des Abstimmungsergebnisses zu handeln und die zweite Phase mit einer Sistierung etwas zu verzögern. So hätte man von den drei Projektteams für das Areal Wegmatten I auch noch Ideen verlangen können. Hier wären vielleicht noch bessere Ideen als eine grüne Wiese gekommen. Leider habe sich durch Ablehnung der Dringlichkeit diese Möglichkeit nun erübrigt. Vor diesem Hintergrund könne er die Motion zurückziehen.

://:

Die Motion 3490 von Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, wird durch den Motionär zurückgezogen und abgeschrieben.

389 01.030 Einwohnerrat
01.020 Abstimmungen, Wahlen

**4. Postulat von Thomas Pfaff, SP-Fraktion, betreffend mittelfristige
Nutzung des Wegmatten I Areals vom 10.12.2003 Geschäft 3495**

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, nimmt wie folgt Stellung: Der Postulant verlange vom Gemeinderat, die Fläche der ehemaligen Pflanzgärtner (Wegmatten I und II) zu begrünen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Genau das mache der Gemeinderat. Die Fläche werde mit einer Naturwiese begrünt werden. Alle gesunden Bäume und Sträucher wurden bei der Räumung des Areals markiert und unversehrt gelassen. Ebenso blieben alle Wege, bis auf einen, vom Baselmattweg zum Bachgraben erhalten. Die Zäune würden restlos entfernt, das Areal könne von der Bevölkerung genutzt werden. Die Ansaat werde Ende des Monats erfolgen. Das Postulat beinhalte keine Aufforderung zur langfristigen Nutzung als Grünland. Der Gemeinderat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen, bittet aber den Einwohnerrat aufgrund der Ausführungen gleichzeitig das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass die FDP-Fraktion das Postulat ablehnen werde. Es sei nicht einsichtig, das Postulat jetzt zu überweisen. Die Begründungen des Gemeinderates Paul Schüpbach seien kein Grund zur Überweisung und Abschreibung. Das Postulat sei eigentlich nicht erfüllt. Im Normalfall werde nach der Überweisung eines Postulats ein Bericht vorgelegt und das weitere Vorgehen beschlossen. Der Gemeinderat habe aber bis jetzt nur Absichtserklärungen abgegeben. Es seien viele Dinge genannt worden, wie zum Beispiel eine Petanque-Bahn, Spielwiese etc. Nicht klar sei jedoch, wer das unterhalten solle und wie die Finanzierung dieses Vorhabens aussehe. Auch im noch zu beschliessenden Nachtragskredit über CHF 119'000.-- sei nichts von diesen Aufwendungen erwähnt. Die Fraktion empfiehlt daher das Postulat zur Ablehnung.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, erklärt als Postulant, dass er sich darüber freue, dass die gesunden Bäume erhalten würden und dass geplant sei, die Wiese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Allerdings wundere er sich über die Aussage, dass die Wiese aus hohen Gräsern und Blumen bestehen werde. Eine solche Naturwiese sollte nicht betreten werden und diene daher nicht der Öffentlichkeit. Die Wiese dürfte höchstens zweimal im Jahr gemäht werden. Er sei klar für die Überweisung des Postulates, aber auch für deren Erfüllung. Der Gemeinderat solle zuerst den Absichtserklärungen Realitäten folgen lassen. Dies bedeute, dass das Postulat jetzt noch nicht abgeschrieben werden könne. Er beantragt daher die Überweisung und die Nichtabschreibung.

Für **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist es nachvollziehbar, dass die Räumung und Begrünung Geld koste. Daher komme der Nachtragskredit für ihn nicht gänzlich überraschend. Immerhin könne es nach Aussage von Roman Meury bis zu sechs Jahren dauern, bis eine neue Überbauung erstellt werde. Daher sei die Begrünung nicht nur kurzfristig. Die SD-Fraktion könne daher das Postulat unterstützen. Er erinnert im Weiteren daran, dass im Einwohnerrat bei Geschäften, die der Gemeinderat annehmen möchte, auf eine Diskussion verzichtet werden könne. Dies fördere die Effizienz im Einwohnerrat.

ENDE DER DISKUSSION

://:

1. Das Postulat 3495 von Thomas Pfaff, SP-Fraktion, betreffend Nutzung des Wegmatten I Areal wird mit 16:16 Stimmen durch Stichentscheid des Ratspräsidenten überwiesen.

2. Das Postulat 3495 wird mit 14:14 Stimmen durch Stichentscheid des Ratspräsidenten nicht abgeschrieben.

390 01.030 Einwohnerrat

**5. Postulat von Thomas Pfaff, SP-Fraktion, betreffend Durchführung
Meinungsumfrage Wegmatten I vom 10.12.2003 Geschäft 3494**

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, erläutert, dass der Gemeinderat nicht grundsätzlich gegen die Befragung der Bevölkerung sei. Allerdings sei eine rückblickende Umfrage nach Ansicht des Gemeinderates in Sachen Wegmatten I nicht besonders effizient. Da die Abstimmung zwei Fragen beinhaltet habe, nämlich die Frage nach dem Veranstaltungssaal und nach dem Coop-Center, kenne man die Haltung der Bevölkerung zu beiden Aspekten ziemlich genau. Wichtiger sei die Auseinandersetzung mit der zukünftigen Entwicklung Allschwils und den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner. Der Gemeinderat habe Erfahrungen mit Umfragen und wisse um die Schwierigkeiten einer repräsentativen und aussagekräftigen Befragung grosser Bevölkerungskreise. Zum Beispiel habe der Gemeinderat im Jahr 1996 eine repräsentative Befragung in professioneller Zusammenarbeit mit dem Büro "Ipso" betreffend des Landhauses/Heimatismuseum etc. durchgeführt. Die Erkenntnisse seien anschliessend, nicht zuletzt auch im Einwohnerrat, dennoch angezweifelt worden. Die Kosten hätten CHF 19'000.— betragen. Der Kosten/Nutzen-Faktor war daher unbefriedigend. Fazit sei, dass auch Umfragen nicht genau die wünschbaren Ergebnisse erbringen können, um künftige Entscheidungsprozesse wesentlich zu beeinflussen. Aus diesem Grunde empfehle der Gemeinderat, auf die Durchführung einer solchen Meinungsumfrage zu verzichten.

Der Postulant **Thomas Pfaff**, SP-Fraktion, ist ebenfalls der Meinung, dass mittlerweile der Vorstoss tatsächlich keinen Sinn mehr mache, da die Behandlung erst so spät erfolge. Der Durchschnittsbürger wisse nun eh nicht mehr, warum, wem und was er zum Zeitpunkt der Abstimmung geglaubt habe. Er habe Verständnis für die Haltung des Gemeinderates betreffend

Kosten/Nutzen, wenn die Ergebnisse später angezweifelt würden. Er halte es jedoch nach wie vor für einen Fehler, dass man sich über die Volksmeinung nicht vor der Abstimmung besser erkundigt habe. Bei künftigen Projekten, wie zum Beispiel die geplante Überbauung "Ziegelei West" laufe man wieder Gefahr, am Willen der Bevölkerung vorbei zu planen. Er könne durchaus repräsentative Umfragen für ca. 2'500 CHF erarbeiten lassen.

://:

1. Der Postulant Thomas Pfaff, SP-Fraktion, zieht das Postulat 3494 betreffend Durchführung einer Meinungsumfrage Wegmatten I zurück
2. Das Postulat wird abgeschrieben.

391 01.030 Einwohnerrat
01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

6. Bericht des Gemeinderates vom 22.10.2003 und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Ziegelei West“, 1. Lesung Geschäft 3457/A

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, Kommissionspräsident, erläutert den Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zur Quartierplanung "Ziegelei West". In den letzten zwei Jahren seien vier Quartierplanungen im Einwohnerrat behandelt worden. Dies sei äusserst positiv und ein Zeichen dafür, dass die Gemeinde bestrebt sei, zur Steigerung der Wohn- und Arbeitsqualität in Allschwil mit planerischen Vorhaben beizutragen. Mit der Genehmigung des Quartierplanes "Ziegelei West" werde die Möglichkeit geschaffen, dass ein Gewerbebetrieb auf dem ehemaligen Areal der Ziegelei gebaut werden könne. Das Areal liege nach heutigem Zonenplan im Industriegebiet, womit eigentlich wesentlich grössere und klobigere Bauten bis 20m Höhe entstehen könnten. Mit dem geplanten Garten-Center könne ein schöner, fliessender Übergang von der Industrie- und Gewerbezone hin zur Wohnzone realisiert werden. Das Gesamtprojekt erscheine niedrig, lediglich der Eingang sei mit 15 m Höhe ein markanter Punkt. Das Gebäude wirke sehr leicht. Mit einem Gewerbebau würden bessere Voraussetzungen betreffend Lärm- und anderer Emissionen erreicht. Neu werde das Gebiet der Lärmempfindlichkeitsstufe III zugeordnet, dies ergebe eine deutliche Lärmreduktion. Die Kommission sei zur Auffassung gelangt, dass es nicht Sache der Kommission sei, über die Notwendigkeit eines Gartencenters zu befinden. Dies sei Sache des Anbieters. Die Standortfrage sei diskutiert worden. Die Anlagen sollten nicht zu weit an der Peripherie des Ortes liegen, sondern in der Nähe der Bewohnerinnen und Bewohner. Ein wichtiger Punkt sei die Frage des Verkehrsaufkommens. In diesem Zusammenhang sei auch der in Planung befindliche Kreisel an der Binningerstrasse zur Diskussion gekommen. Dieser Kreisel sei aber klar nicht Gegenstand des vorliegenden Quartierplanes und damit auch nicht Gegenstand der Beratungen. Eine Minderheit der Kommission sei der Ansicht gewesen, dass der geplante Fachmarkt ursächlich für die Notwendigkeit des Kreisels sei. Nach Ansicht der Mehrheit der Kommissionsmitglieder, sei zwar unbestritten, dass das Gartencenters Mehrverkehr generiere, im Vergleich mit der geplanten Wohnüberbauung "Ziegelei" sei dies aber nur von untergeordneter Bedeutung. Dies drücke sich auch in der Anzahl der projektierten Parkplätze aus. Die Spitzenzeiten eines Gartencenters seien hauptsächlich die Samstag Nachmittage. Gesamthaft bedeute die Überbauung eine Aufwertung des ganzen Quartiers. Der Infrastrukturbeitrag könne eigentlich nicht mehr geltend gemacht werden, daher sei es umso begrüssenswerter, dass die Verwaltung es geschafft habe, Beiträge der Bauherren an die Strassenerschliessung zu erreichen. Die Jumbo Markt AG beabsichtige, nach der Genehmigung durch den Regierungsrat, die sofortige Baueingabe. Die Mehrheit der VPK beantragt dem Einwohnerrat auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates bzw. der VPK zuzustimmen.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, bittet den Einwohnerrat auf das Geschäft einzutreten.

Alle Fraktionen erklären EINTRETEN auf die Vorlage.

://:

Auf das Geschäft 3457/A wird grossmehrheitlich eingetreten.

DETAILBERATUNG

Jürg Gass, SP-Fraktion, sei über ein weiteres Prestige-Projekt sehr erschrocken gewesen. Er erinnert an Wegmatten I, welches auch durch den Souverän abgelehnt worden sei. Ein solches Projekt an der Binningerstrasse würde täglich weitere 600 Fahrzeuge bringen. Dies sei eine Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner. Auch das neue Wohngebiet "Ziegelei" bringe mit den geplanten 600 Wohneinheiten zusätzlichen Autoverkehr. Die Kinder müssten über die Strasse mit einem Verkehrsaufkommen von täglich 16'000 Fahrzeugen, um in die Schulen zu gelangen. Ausserdem sei das Gartencenter eine Konkurrenz für bereits ansässige Unternehmen. Arbeitsplätze würden vor allen für elsässische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen. Zu den Hauptverkehrszeiten sei ein Chaos vorprogrammiert. Das ganze Ziegelei-Quartier liege in einem Wohnquartier, man müsse also durch Wohnzonen fahren, um zum Gartencenter zu gelangen. Der Jumbo sei dort am falschen Ort.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann der Ansicht des Vorredners nicht zustimmen. Das Areal sei Industriezone und es hätte auch ein "lärmiger" Betrieb entstehen können. Ausserdem sei es nicht Sache des Plenums, die Konkurrenzlage abzuklären. Der Wettbewerb steuere dies. Ausserdem sei der meiste Verkehr nicht zu den Hauptstosszeiten zu erwarten. Ebenfalls sei der Kreisel an dieser Stelle sinnvoll, ausserdem beteilige sich der Bauherr an der Erstellung des Kreisels. Einnahmen für die Gemeinden würden auch generiert werden.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, widerspricht der Auffassung, dass es aus lärmtechnischen Gründen positiv sei, ein Gartencenter anstelle einer Industrieunternehmung dort zu platzieren. Es gäbe zu bedenken, dass die Lärmbelastung in den angrenzende Wohngebieten gemessen würde. Daher müsse man keine Angst vor lärmenden Betrieben in dieser Industriezone haben. Auch das Argument der Finanzen stellt er in Frage. Die Wertschöpfung sei bei einem einstöckigen Bau in einer Zone bis 20m Bauhöhe doch eher gering. Auch unter dem Aspekt des knapper werdenden Baulandes sei ein einstöckiger Bau nicht das Optimum.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, begrüsst namens der FDP-Fraktion das Vorhaben. Damit sei gewährleistet, dass fast alle Konsumbedürfnisse in nächster Umgebung befriedigt werden könnten. Sie befürworte lieber fünf kleinere Einkaufsmärkte in der Region gegenüber ein oder zwei überdimensionierten Centern. Es sei erfreulich, dass die JUMBO AG sich an der Erstellung des Kreisels beteilige.

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, stellt namens seiner Fraktion fest, dass es wünschenswert sei, im Ziegelei-Quartier zu bauen, dies bedeute sicher eine Aufwertung für das Quartier. Ob ein Gartencenter notwendig sei, sei eine Frage der Marktstudie und den Anbietern zu überlassen. Der Mehrverkehr müsse genau untersucht werden. Es sei zu berücksichtigen, dass es vor allem auch eine Umlagerung des Verkehrs gebe. Der Standort sei ideal, wenn man bedenkt, dass man nicht mehr durchs ganze Dorf durchfahren müsse, um zum Beispiel in Oberwil oder beim Hornbach/D seine Garteneinkäufe machen zu müssen. Letztlich könne es sogar unterm Strich für das gesamte Gemeindeareal weniger Verkehr geben. Auch er sei der Meinung, dass der Mehrverkehr nicht zu den Hauptverkehrszeiten auftreten wird. Grundsätzlich sei es zu begrüssen, wenn Investoren nach Allschwil kämen. In diesem Sinne sei die Mehrheit der Fraktion für Zustimmung zum Quartierplan.

Christoph Morat, SP-Fraktion, erinnert an die Entstehungsgeschichte des Quartiers. Dies habe schon in den 60er/70er Jahren mit der Erstellung des Migros "Paradies" begonnen. So wie das Einkaufscenter Paradies damals, so werde auch der Jumbo Gartencenter in Wahrheit für die Bewohner von Basel-West gebaut. Man müsse sich die Frage stellen, ob Allschwil nur noch dafür da sei, die Einkaufsbedürfnisse von Basel-West zu befriedigen. Dies sei mit wesentlichem Mehrverkehr verbunden. Allein eine fünfmalige Rotation der 200 Parkplätze pro Tag ergäben bereits 1000 Fahrzeuge mehr, welche die Binneringerstrasse belasten würden. Weiter sollte haushälterischer mit den Ressourcen der Gewerbegebiete umgegangen werden. Ein drei-, vier- oder fünfstöckiges Gebäude würde erheblich mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren, dafür aber weniger Lärm und weniger Verkehr. Das Gartencenter sei rund doppelt so gross geplant wie das Coop-Center Wegmatten. Dadurch werde sogar ein Kreisel notwendig. Die SP-Fraktion sehe im Moment keine Berechtigung für ein solches Vorhaben. Ein grosser Teil der Bevölkerung empfinde das Vorhaben als nicht umweltfreundlich, überdimensioniert oder überflüssig. Der Einwohnerrat solle doch vor allem die Allschwiler Bevölkerung vertreten und nicht einen kleinen Teil des Gewerbes. Die Jumbo AG sei eine Kette der Maus Frères, es könne also sein, dass heute abend nicht nur über ein Gartencenter abgestimmt werde sondern vielleicht über etwas ganz anderes. Die Vorlage schreibe nicht zwingend ein Gartencenter vor. Er erinnert an das trojanische Pferd der Griechen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, als Präsident der VPK hält fest, dass die Grundlagen der Quartierplanung sorgfältig abgeklärt worden seien. Im Kommissionsbericht komme klar zum Ausdruck, dass es kein Lebensmittelcenter gäbe. In direkten Gesprächen mit der JUMBO AG sei dies ebenfalls bekräftigt worden. Es solle ein "Soft-Do-it" geben, mit diversen Bastel- und Hobbyartikeln. Der Idee des Kreiselanschlusses sei bereits zu früherer Zeit entstanden, nämlich bei der Planung des Baugebietes "Ziegeleiareal". Und dort hoffe man ja auf 1300 – 1500 neue Einwohnerinnen und Einwohner. Zur Arbeitsmarktsituation: Es würden rund 35 – 40 Arbeitsplätze geschaffen, darunter auch hochqualifizierte. Die Verkehrssituation sei zwar mit ca. 15'000 Fahrzeugen täglich angespannt, der Mehrverkehr durch das Gartencenter falle aber nicht gravierend ins Gewicht. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass die FDP-Fraktion bereits anno 1991 ein Postulat zur Umfahrung Allschwils eingebracht habe. Dies würde zur Entlastung beitragen.

Christoph Morat, SP-Fraktion, hält an der Aussage fest, dass die zusätzlichen 600 Wohneinheiten *alleine* noch keinen Kreisel notwendig gemacht hätten. Erst der zusätzliche JUMBO-Markt Sorge für ein solches Verkehrsaufkommen, so dass dann ein Kreisel notwendig werde.

ENDE DER DISKUSSION

Präsident **Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, fragt das Plenum, ob zum Quartierplanvertrag und zu den Berichten noch Fragen offen seien.

Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, verliest das Quartierplanreglement der Quartierplanung "Ziegelei West" kapitelweise:

1. bis 6.2

Kein Wortbegehren

6.3

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erläutert, dass unter diesem Punkt die Gestaltung der Glas-Fassade dahingehend präzisiert worden sei, dass sie mit der Vogelwarte Sempach abgesprochen werde. Die JUMBO AG habe mittlerweile bestätigt, dass sie bereits Kontakt mit der Vogelwarte aufgenommen habe.

7. bis 13

Kein Wortbegehren

Der Präsident lässt über die folgenden Anträge der VPK betreffend Quartierplanreglement und Quartierplanvertrag abstimmen:

Quartierplanreglement

1. Erlass: Die Einwohnergemeinde Allschwil erlässt, gestützt auf §§ **2- 6** und ff. des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes....
- 6.2 Mass der baulichen Nutzung
Ergänzung bei der Bebauungsfläche
Baubereich Eingangsbereich **352 m²**
- 6.3.2 Gestaltung der Bauten
Für die Gestaltung der Fassaden des Pflanzenhauses wird die Vogelwarte Sempach zur Detailberatung beigezogen.
- 7.1 Nutzung und Gestaltung
Die öffentliche Beleuchtung, ausgenommen die Beleuchtung der **öffentlichen Strassen**, ist Angelegenheit des Erstellers Quartierplan "Ziegelei West".
- 8.1 Ergänzung bei Kommentar/Hinweis (Spalte 3)
Siehe Ziffer 13 Schlussbestimmungen, Abs. 2, Ausnahmen allgemeiner Art

Quartierplan-Vertrag

- 8.1 Für den Fall von Differenzen im Zusammenhang mit dem zwischen den Parteien ... unterwerfen sich diese dem endgültigen Urteil **dem für Allschwil zuständigen Gerichtsstand**

://:

Mit **20:10 Stimmen** werden die Anträge der VPK gutgeheissen.

Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates gemäss Bericht zur Quartierplanung "Ziegelei West" mit den Änderungsanträgen der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

://:

1. Der Quartierplanung „Ziegelei West“ bestehend aus dem Quartierplan und dem Quartierplanreglement wird zugestimmt und dem Regierungsrat Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt; mit **19:11 Stimmen**.
2. Das Gebiet innerhalb des Quartierplan-Perimeters wird der Lärmempfindlichkeitsstufe III zugeordnet; **mit grossem Mehr**.
3. Der Quartierplanvertrag wird zur Kenntnis genommen; mit **26:3 Stimmen**.

In der **Schlussabstimmung** wird die Quartierplanung „Ziegelei West“ mit **18:13 Stimmen** gutgeheissen.

Dr. Guido Beretta FDP-Fraktion, gibt zu Protokoll, dass er sich über die zuletzt erfolgte Schlussabstimmung nicht im Klaren gewesen sei. Eine Schlussabstimmung sei nicht nötig,

wenn vorher über alle Anträge abgestimmt worden sei. Eine Beschwerde werde er trotz allem nicht erheben.

Der Präsident **Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, beschliesst die Sitzung.